

Die Abwertung des Yuan ist kein Grund zur Panik!

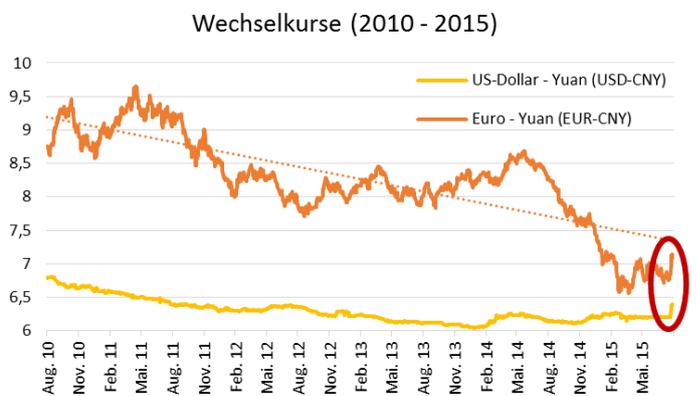
„China schockt erneut die Märkte – Zweite Yuan-Abwertung in Folge“ Zeitungstitel wie dieser verbreiteten in den vergangenen Tagen Alarmstimmung. Während moderate Kommentatoren grübelten, ob nun ein für alle Volkswirtschaften schädlicher Abwertungswettlauf beginne, sprachen andere bereits von einem „Währungskrieg“. Für den Milliardär Donald Trump, derzeit Scharfmacher Nr. 1 im US-Präsidentenwahlkampf, stand das Urteil über China fest. In einem Interview sagte er: „Sie zerstören uns!“ Was war geschehen? Vor dem Hintergrund unbefriedigender Wachstumsraten setzte die chinesische Zentralbank PBoC binnen drei Tagen den Kurs des Yuan zum US-Dollar um 3,5 Prozent herab. Durch diese stärkste Abwertung seit 20 Jahren werden chinesische Exportwaren billiger und nach China importierte Waren verteuern sich.

Ein Grund für das Handeln der PBoC war, dass schon seit längerer Zeit die Währungen anderer großer Wirtschaftsregionen erheblich an Wert verloren und dadurch Chinas Exporte verteuert haben. Dieser Trend ist vor allem der falschen Wirtschaftspolitik in diesen Regionen geschuldet. So hat Japan durch drastische Mehrwertsteuererhöhungen die Binnennachfrage stark geschwächt. Die EU hat sich einen mannigfaltigen Schrumpfungskurs verordnet. Alleine im vergangenen Jahr wertete hierdurch der Euro gegenüber dem Yuan um rund 20 Prozent ab. Die jüngste Abwertung des Yuan, fällt im Vergleich dazu äußerst gering aus (siehe Grafik). Entsprechend ist die Abwertung auch kein Grund zur Panik

für deutsche Exporteure. Ein schwächelndes Wachstum in China würde hiesige Unternehmen viel deutlicher treffen.

Dennoch: Die weltwirtschaftlichen Turbulenzen in Folge der Abwertung zeigen, wie leichtsinnig eine wirtschaftspolitische Strategie ist, die allein auf Exporterfolge setzt. Die deutsche Politik muss deshalb die Binnennachfrage weiter stärken. Das würde Wirtschaft und Arbeitsplätze besser vor globalen Krisen schützen.

Gute Lohnabschlüsse und der Mindestlohn haben die Konsumnachfrage zuletzt stabilisiert. Darauf muss jetzt aufgebaut werden. Die Beschäftigten hierzulande brauchen weiter steigende Einkommen, um sich selbst mehr Güter leisten zu können. Auch der Staat kann die Binnennachfrage direkt ankurbeln. Konkret und aktuell heißt das beispielsweise, dass endlich mehr Geld für faire Löhne und gute Qualität im Erziehungssystem in die Hand genommen wird. Nicht nur Chinesen fahren gerne deutsche Autos. Auch manche Erzieherin könnte einen neuen VW wohl gut gebrauchen.



Quelle: Finanzen.net, eigene Darstellung